Instandsetzung von Eigenheimen, die mit jährlich 1 % zu verzinsen und mit mindestens 1 % zu tilgen sind. Der Eigenmittelanteil beträgt mindestens 10 % des Bauaufwandes. Das Kreditinstitut ist berechtigt, auf Antrag des Bürgers den Eigenmittelanteil zu reduzieren.

(2) Die Bedingungen des Abs. 1 gelten auch für Wohngebäude mit einer selbständigen zweiten vermietbaren Wohnung sowie für Nebengebäude zur Kleintierhaltung.

(3) Voraussetzung für die Gewährung der Kredite gemäß den Absätzen 1 und 2 ist die Einhaltung des bestätigten Bauaufwandes gemäß § 6.

(4) In Höhe der vom Eigentümer des Eigenheimes aufgewandten eigenen materiellen und finanziellen Leistungen wird auf die von ihm geschuldeten und auf dem Grundstück ruhenden volkseigenen Altforderungen auf Antrag durch das Kreditinstitut ein Schuldenerlaß gewährt.

(5) Die durch Schaffung weiteren Wohnraumes für den Wohnbedarf der Familie im Eigenheim sowie durch Modernisierung am Eigenheim eintretende Erhöhung des Vermögens bleibt für Eigentümer, die zum Personenkreis gemäß § 12 Abs. 2 der Verordnung gehören, unbegrenzt grundsteuerfrei und für die ersten 10 Jahre vermögenssteuerfrei. Alle anderen Eigentümer von Eigenheimen erhalten bei den genannten Baumaßnahmen für die eintretende Erhöhung des Vermögens eine 10jährige Grundsteuerbefreiung.

(6) Bei Durchführung von Instandsetzungsmaßnahmen an Eigenheimen von Bürgern mit Wohnsitz in der DDR ist nach Einschätzung der Baumaßnahmen durch den örtlichen Rat zur Erhaltung des Gebäudes eine 10jährige Grundsteuerermäßigung zu gewähren.

(7) Die Kredite sind durch Aufbauhypotheken zu sichern.

§ 17

Eigentumsübergang

(1) Geht das Eigentum an einem Eigenheim, für das von einem Kreditinstitut vergünstigte Kredite ausgereicht werden, auf den Ehepartner, die Eltern oder Kinder oder auf einen Bürger über, der zum Personenkreis gemäß § 12 Abs. 2 der Verordnung gehört, bleiben die Zinsvergünstigungen unverändert bestehen. Das gilt nur für Bürger, die ihren ständigen Wohnsitz in der DDR haben. Wurde keine Zinsvergünstigung gewährt, kann der Vorsitzende des Rates des Kreises entscheiden, welchen zum Personenkreis gemäß § 12 Abs. 2 der Verordnung gehörenden Bürgern entsprechend der sozialen Lage Vergünstigungen bei der Ausreichung von Krediten gewährt werden. Diese Vergünstigungen können durch Senkung des Eigenmittelanteils sowie durch Zinsermäßigungen erfolgen. Die Zinsermäßigungen sind zeitlich zu befristen.

(2) Wurden für den Neubau von Eigenheimen von einem Kreditinstitut nicht zurückzahlbare Darlehen gewährt, sind diese vom Zeitpunkt des Eigentumsübergangs ab mit 1 % jährlich zu tilgen. Ausgenommen davon ist der Übergang des Eigenheimes in das Eigentum des Ehepartners.

(3) Geht das Eigentum an einem Eigenheim auf einen Bürger über, der nicht zum Personenkreis gemäß § 12 Abs. 2 der Verordnung gehört, sind vom Zeitpunkt des Übergangs ab die Finanzierungsbestimmungen gemäß § 15 anzuwenden.

(4) Geht das Eigentum an einem grundsteuerbefreiten Eigenheim auf einen Eigentümer über, der zum Personenkreis gemäß § 12 Abs. 2 der Verordnung gehört, bleibt die Grundsteuerbefreiung bestehen. Das gilt auch für die Grundsteuerbefreiung für die werterhöhenden Baumaßnahmen an dem Eigenheim gemäß § 16 Abs. 5 und für die Grundsteuerermäßigung gemäß § 16 Abs. 6, soweit die 10jährigen Vergünstigungen noch nicht abgelaufen sind.

(5) Geht das Eigentum an dem Eigenheim auf einen Bürger über, der nicht zum Personenkreis gemäß § 12 Abs. 2 der Verordnung gehört, so endet die Grundsteuerbefreiung bzw. -ermäßigung mit Ablauf des Quartals, in dem das Eigenheim auf den anderen Eigentümer übertragen wird. Geht jedoch das Eigentum an dem Eigenheim auf den Ehegatten über, der nicht zum Personenkreis gemäß § 12 Abs. 2 der Verordnung gehört, so wird diesem die 10jährige Grundsteuerbefreiung bzw. -ermäßigung gemäß § 16 Absätze 5 und 6 weitergewährt, soweit diese Vergünstigungen noch nicht abgelaufen sind.

§ 18

Gebühren

Beim rechtsgeschäftlichen Erwerb oder Neubau sowie bei der Modernisierung und Instandsetzung von Eigenheimen durch Bürger gemäß § 12 Abs. 2 der Verordnung sind für Beurkundungen oder Beglaubigungen, Zustimmungsverfahren einschließlich der Prüfungs- und Genehmigungsverfahren, für die Grundbucheintragung sowie die Kreditgewährung Gebühren nicht zu erheben. Das gilt auch für das Eintragen und Löschen von Hypotheken der Kreditinstitute, für den Erwerb unbebauter Grundstücke gemäß § 15 und für den Eigentumsübergang gemäß § 17 Abs. 1.

§ 19

Unterstützung der Bürger und Interessengemeinschaften durch die Kreditinstitute

(1) Die Kreditinstitute erledigen im Auftrag der Bürger die

- Beantragung der Eintragung von Aufbauhypotheken,
- Zahlung der Rechnungen für Materialien, Ausrüstungsgegenstände, Bauleistungen und Vermessungsleistungen an die Liefer- und Leistungsbetriebe sowie an zusätzliche Arbeit leistende Bürger,
- Abbuchung von Zins- und Tilgungsleistungen von Spargirokonten.

(2) Die Finanzierung des Neubaus von Eigenheimen im Rahmen von Interessengemeinschaften der Bürger kann während der Baudurchführung über gemeinsame Globalfinanzierungskonten erfolgen. Über diese Konten werden die anfallenden Rechnungen für alle Eigenheime der Interessengemeinschaft durch das Kreditinstitut bezahlt. Die Finanzierung über Globalfinanzierungskonten erfolgt nach

- Vorlage des Vertrages über die Bildung der Interessengemeinschaft sowie Benennung eines mit der Vertretung Beauftragten der Interessengemeinschaft,
- Abschluß von Kreditverträgen mit den einzelnen Mitgliedern der Interessengemeinschaft,
- Abschluß eines Kontovertrages zwischen dem Kreditinstitut und dem mit der Vertretung der Interessengemeinschaft Beauftragten.

Zu § 13 der Verordnung:

§ 20

Pflicht zum Einsatz eines Bauberaters

(1) Der Einsatz eines Bauberaters für den Neubau eines Eigenheimes erfolgt auf Vorschlag des örtlichen Rates durch den Rat des Kreises.

(2) Es ist anzustreben, daß die Baufachkräfte als Bauberater eingesetzt werden, die die örtliche Angleichung des Typenprojektes vornehmen bzw. das Modernisierungsprojekt erarbeiten.

(3) Bei der Modernisierung von Eigenheimen entscheidet der Vorsitzende des örtlichen Rates, ob der Einsatz eines Bau-